

Anlage 3

Niedersächsische Kinderkommission – Beteiligungskompass

Die Kinderkommission hat die Aufgabe sich mit Kinderrechten auseinanderzusetzen und die Lobby für Kinder in Niedersachsen zu sein. Ein wichtiger Aspekt hierbei ist die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen, gerade ihre eigenen Belange betreffend.

Vor diesem Hintergrund wird es eine wichtige Aufgabe des 1. Jahres der Kinderkommission zu sein, Strukturen zu etablieren, mit denen die Kinderkommission in der Fläche bekannt wird, Kinder und Jugendliche von der Aufgabe und Rolle der Kinderkommission erfahren und die Kinderkommission in geeigneter Weise Angebote zur Kontaktaufnahme und zum Dialog etabliert.

Da die Kinderkommission in der bestehenden Zusammensetzung nur ein knappes Jahr Zeit hat zu wirken, ist eine Begrenzung der Themen auf die Etablierung von Strukturen sowie ein weiteres Schwerpunktthema sinnvoll.

Hierfür schlagen SPD und GRÜNE vor, den Schwerpunkt des ersten Jahres auf das Thema Beteiligung von Kindern und Jugendlichen zu setzen.

Das NKomVG schreibt vor:

§ 36 Beteiligung von Kindern und Jugendlichen

¹ Gemeinden und Samtgemeinden sollen Kinder und Jugendliche bei Planungen und Vorhaben, die deren Interessen berühren, in angemessener Weise beteiligen. ² Hierzu sollen die Gemeinden und Samtgemeinden über die in diesem Gesetz vorgesehene Beteiligung der Einwohnerinnen und Einwohner hinaus geeignete Verfahren entwickeln und durchführen.

Inwiefern und mit welchen Maßnahmen diese Vorgabe auch tatsächlich von den Kommunen umgesetzt wird, ist derzeit offen. Zwar werden immer wieder Preise für vorbildliche Kommunen vergeben, aber eine grundsätzliche Bestandsaufnahme findet nicht statt. Auch ein Austausch und best practice und gescheiterten Versuchen der Kinder- und Jugendbeteiligung findet nur vereinzelt statt.

Vor diesem Hintergrund schlagen wir vor, eine entsprechende Erhebung der Umsetzung des §36 NKomVG auf den Weg zu bringen und somit eine Bestandsaufnahme der kommunalen Kinder- und Jugendbeteiligung vorzunehmen und entsprechende Handlungsempfehlungen und Analysen daraus abzuleiten. Sicherlich wird es gute und schlechte Beispiele geben, vielleicht erlaubt eine solche Analyse auch grundsätzliche Aussagen zu den Rahmenbedingungen für Kinder- und Jugendbeteiligung zu treffen.

Eine entsprechende Erhebung könnte mit den 25.000 € aus der politischen Liste von SPD und GRÜNEN finanziert werden. Sie sollte entsprechende Beteiligungsverfahren in den Kommunen erheben und auch die Wirksamkeit der Maßnahmen darstellen.